

Die katastrophalen Folgen von Waffenregistrierung¹

Von [Dave Kopel](#) | America's 1st Freedom, März 2013

„Wir werden uns ändern MÜSSEN“, sagte Präsident Obama kürzlich und meinte damit, dass die Amerikaner alles tun müssen, damit sich Morde wie die an der Sandy Hook Elementary School in Newtown, Connecticut², nie mehr wiederholen. Die National Rifle Association stimmt dem natürlich voll und ganz zu und hat das NRA National School Shield Program ins Leben gerufen, um ganz konkrete Ideen zu entwickeln, wie man den nächsten Schurken stoppen kann, der versucht, Kinder in einer Schule zu ermorden.

Präsident Obama schien jedoch nicht wirklich zu meinen, was er sagte. Seine Kinder besuchen eine Schule, die durch bewaffnete Sicherheitskräfte geschützt ist, was jedem amerikanischen Kind möglich sein sollte. Doch anstatt nach Möglichkeiten zu suchen, die Kinder zu schützen, haben Präsident Obama, Vizepräsident Joe Biden, Obamas Chefberaterin Valerie Jarrett, der Bürgermeister von New York City, Michael Bloomberg, und ihre Günstlinge in den Medien ein Programm zur Zerstörung des Second Amendments gestartet.

Das Kernstück des Programms der Anti-Waffenlobby ist die landesweite Registrierung von Waffen. In Wahrheit hätte eine Waffenregistrierung den Mörder von Sandy Hook, der seine Mutter tötete und ihre rechtmäßig erworbenen Waffen stahl, in keinsten Weise aufgehalten. Sie hätte auch nicht den Mörder, der die Kongressabgeordnete Gabrielle Giffords angegriffen hat, oder den Mörder von Virginia Tech aufgehalten, die beide ihre Waffen in Geschäften gekauft³ haben. Aber die Registrierung von Waffen ist vor allem für eines gut – für die Konfiszierung. Und ganz unmittelbar ist die Registrierung von Waffen ideal, um die schnell wachsende öffentliche Verfolgung von Waffenbesitzern zu unterstützen.

Der Staat New York zeigt genau, wie es geht. Dort darf man nur dann eine Kurzwaffe besitzen, wenn man eine Erlaubnis hat, und die Erlaubnis listet jede einzelne Kurzwaffe auf, die man besitzt. In Rockland County⁴ hat die *Journal News* anhand öffentlicher Register den Namen und die Adresse jedes Besitzers einer Kurzwaffe in diesem Landkreis herausgefunden. Diese Namen und Adressen wurden dann von der Zeitung in vollem Umfang veröffentlicht und auf die Website der Zeitung gestellt, wo sie nun für jedermann einsehbar

1 Fußnoten, Links und Texte in Klammern [] stammen vom Übersetzer.

2 Der Amoklauf an der Sandy Hook-Grundschule in der Kleinstadt Newtown, rund 100 Kilometer nordöstlich von New York City war besonders tragisch. Der geistig kranke Täter erschoss u.a. 20 Erstklässler. So gut wie jeder Amerikaner wird dieses Verbrechen kennen.

3 Wer in USA bei einem Waffenhändler eine Waffe kauft, wird immer vom FBI überprüft. Dafür wurde NICS eingerichtet. Kriminelle können dadurch vom Waffenerwerb ausgeschlossen werden.

4 Ein County vergleicht man am besten mit einem deutschen Landkreis. Rockland County liegt im Staat New York, ganz in der Nähe von New York City.

sind. Die Zeitung hat auch in anderen Landkreisen nach Listen zur Registrierung von Waffen geforscht und plant, diese Daten zu veröffentlichen.

Dasselbe wurde Anfang Januar mit allen registrierten Waffenbesitzern in New York City gemacht. Diesmal war der Täter Gawker.com, eine der am stärksten frequentierten Websites im Internet, die sich auf anzüglichen Klatsch und vulgäre Bosheit spezialisiert hat. Gawker hasst Waffen, Waffenbesitzer und die NRA abgrundtief.

Was bedeutet das für die Menschen, die sich pflichtbewusst an das New Yorker Gesetz zur Registrierung von Waffen gehalten haben? Es bedeutet, dass die Wohnsitze derer, die sich dafür entschieden haben, ihre persönlichen Daten nicht in das Telefonbuch eintragen zu lassen, nun einem weltweiten Publikum über das Internet zugänglich gemacht wurden. Es bedeutet auch, dass Menschen, die sich bedeckt hielten und ihre Adressen geheim hielten, weil sie Opfer von Stalkern geworden sind, nun leichtere Ziele für Stalker und andere Soziopathen sind.

1989 wurde die Schauspielerin Rebecca Schaeffer von einem Stalker ermordet, der ihre Wohnanschrift aus den kalifornischen Führerscheindaten entnahm. Seitdem haben viele Staaten den öffentlichen Zugang zu Führerscheindaten gesperrt. Aber Registrierungsdaten von Waffen sind nicht zwangsläufig privat.

Eine Gruppe, die sich über die Veröffentlichung der Registrierungsdaten durch Rocklands *Journal News* freut, sind die Straftäter in den nahe gelegenen staatlichen Gefängnissen⁵. Sie haben den Gefängniswärtern, die in Rockland County leben, gesagt, dass die Gefangenen und ihre Freunde draußen dank der *Journal News* nun genau wissen, wo die Familien der Wachleute leben. Wenn ein Häftling meint, dass er einen bestimmten Wärter nicht mag, ist es jetzt viel einfacher, die Familie dieses Wärters zu finden.

Nachdem die *Journal News* Informationen zur Registrierung von Waffenbesitzern veröffentlicht hatte, befragte eine andere Zeitung in der Region, die *Rockland County Times*, mehrere ehemalige Sträflinge, was sie von der Veröffentlichung der Registrierungsdaten hielten. Die Verurteilten waren sich einig, dass die Liste für Einbrecher hervorragend geeignet wäre.

Wir wissen, dass es die überwiegende Mehrheit der Einbrecher in den Vereinigten Staaten (anders als in Großbritannien oder Irland) vermeidet, in ein Haus einzubrechen, wenn jemand daheim ist, weil sie Gefahr laufen, vom Hausbesitzer erschossen zu werden. Der Arbeitstag eines Einbrechers besteht also hauptsächlich darin, „den Laden abzuchecken“, um sicherzustellen, dass niemand zu Hause ist. Einbrecher in Rockland County wissen jetzt, welche Häuser sie meiden müssen, wenn die Bewohner zu Hause sind. Und wenn die Bewohner weg sind, wissen die Einbrecher genau, wo sie Waffen stehlen können, um sie auf dem Schwarzmarkt zu verkaufen.

5 In der Nähe sind z.B. die Gefängnisse [Rikers Island](#) und [Sing Sing](#).

Infolgedessen wird das New Yorker Programm zur Registrierung von Waffen nun genutzt, um Kriminellen zu helfen, sich zu bewaffnen. Es ist wahrscheinlich, dass die *Rockland Journal News* nicht absichtlich versucht hat, Kriminellen zu helfen; die Zeitung war einfach leichtfertig und rücksichtslos im Hinblick auf die gut vorhersehbaren kriminalitätsfördernden Folgen ihres Handelns. Vielmehr scheint die *Journal News*, ausgehend von der veröffentlichten Begründung für ihr Handeln, von Bosheit gegen Waffenbesitzer motiviert gewesen zu sein.

Vielleicht hasst einer Ihrer Nachbarn Waffenbesitzer. Sie wissen aus gelegentlichen Gesprächen mit ihm, dass er in Bezug auf Waffen ärgerlich und irrational ist. Um ihn nicht zu reizen, sagen Sie ihm nicht, dass Sie ein Waffenbesitzer sind. Wenn Sie am Samstag morgen mit Ihrem Auto aus der Garage fahren, weiß er nicht, dass Sie mit einer Pistole im Kofferraum zum Schießstand fahren.

Oder nehmen wir an, dass der Mann, der Waffen hasst, nicht Ihr Nachbar, sondern Ihr Chef ist. Dank der Registrierung von Waffen weiß er nun, dass Sie zu den Menschen gehören, die er hasst. Er wird Sie vielleicht nie auf das Thema ansprechen. Er wird Ihnen vielleicht nie sagen, warum seine schriftlichen Beurteilungen über Sie plötzlich so negativ geworden sind. Oder warum er, als Ihre Abteilung jemanden entlassen musste, beschlossen hat, dass Sie dieser Jemand sein sollten. Die Registrierung – von Obama, Biden und Bloomberg beschönigend als „nationale Datenbank“ bezeichnet – ist auch ein perfektes Instrument für die spätere Konfiszierung von Waffen.

New York City hat Erfahrung auf diesem Gebiet. Mitte der 1960er Jahre nahm die Straßensriminalität dort wie in den meisten anderen Teilen des Landes rapide zu. Die Leute, die im Central Park Raubüberfälle verübten und Schnapsläden in Queens ausgeräumt hatten, waren nicht die anständigen, gesetzestreuen Waffenbesitzer von New York City. Dennoch führten der New Yorker Stadtrat und der waffenfeindliche Bürgermeister John Lindsay die Registrierung von Langwaffen ein. Die Gebühr pro Waffe betrug nur ein paar Dollar. Die Politiker versprachen, dass die Registrierung von Waffen zur Aufklärung von Verbrechen beitragen könne, und selbst wenn dies nicht der Fall sei, sei die Registrierung harmlos. Schließlich gehe es nur um die Registrierung von Waffen, nicht um deren Beschlagnahmung.

Da die Registrierung nichts zur Lösung der Kriminalität oder zur Verhinderung des kriminellen Gebrauchs von Waffen beitrug, nahm die Kriminalität in der Stadt weiter zu. Im Jahr 1991, als die Lebensqualität in der Stadt immer mehr abnahm, versuchte Bürgermeister David Dinkins, sich selbst als hart im Kampf gegen die Kriminalität darzustellen, indem er den Stadtrat dazu drängte, ein Verbot sogenannter „Sturmwaffen“ (wie dem M1-Karabiner) zu erlassen. Daraufhin führte die Polizei des Bundesstaates New York anhand von Registrierungslisten Hausbesuche bei jeder Person durch, deren registrierte Waffe verboten worden war. Die Polizei stellte sicher, dass die registrierten Waffen aus der Stadt verbracht oder bereits an die Regierung abgegeben worden waren.

Die KONFISZIERUNG von Waffen ist viel einfacher, wenn die Waffen zuvor registriert wurden. Pete Shields, ehemaliger Präsident der Brady-Campaign, erklärte 1977: „Das erste Problem besteht darin, die Zahl der in diesem Land produzierten und verkauften Kurzwaffen zu verringern. Das zweite Problem besteht darin, Kurzwaffen zu registrieren. Das abschließende Problem besteht darin, den Besitz aller Kurzwaffen und aller Munition für Kurzwaffen – außer für das Militär, die Polizei, lizenzierte Sicherheitskräfte, lizenzierte Sportvereine und lizenzierte Waffensammler – komplett zu verbieten.“ (Richard Harris, A Reporter at Large: Handguns, *The New Yorker*, 26. Juli 1976, S. 58.) (Zu dieser Zeit hieß Shields' Gruppe National Council to Control Handguns. Später änderte sie ihren Namen in Handgun Control, Inc. und später erneut in Brady Campaign.)

Shields hatte Recht, wenn er die Registrierung als ersten Schritt zur Beschlagnahmung ansah. In Großbritannien wurden Registrierungslisten für die Konfiszierung jeder Kurzwaffe und jeder halbautomatischen Langwaffe verwendet.

Am Montagmorgen nach den Mordtaten an der Sandy Hook-Grundschule pries Howard Dean (ehemaliger Vorsitzender des [Democratic National Committee](#)) die Konfiszierung von Waffen nach australischem Vorbild als Modell für die Vereinigten Staaten. In Australien wartete die Regierung auf einen grauenhaften Massenmord (32 Menschen in einer Touristenanlage in Tasmanien im Jahr 1996) und startete dann ihr Programm zur Beschlagnahmung von Waffen. Nach einem Plan von [Rebecca Peters](#), die später Leiterin der internationalen Waffenverbotslobby IANSA (International Action Network on Small Arms) werden sollte, wurde das Gesetz zur Beschlagnahmung von Waffen im Eiltempo durch die Legislative gebracht, während die Emotionen hochkochten und Skeptiker niedergebrüllt werden konnten.

So wurden alle halbautomatischen Gewehre, alle halbautomatischen Flinten und alle Vorderschaftrepetierbüchsen im ganzen Land beschlagnahmt. Im Jahr 2003 folgte die Beschlagnahmung einer Vielzahl von Kurzwaffen. Kurzwaffen wurden in Australien seit den 1930er Jahren registriert, aber die meisten australischen Bundesstaaten hatten erst in den zwei Jahrzehnten vor der Beschlagnahmung die Registrierung von Langwaffen eingeführt. Bürgerrechtler, die Bedenken äußerten, dass Registrierungslisten zur Beschlagnahmung verwendet werden könnten, wurden als paranoide Extremisten belächelt.

Einige der Leute, die in England und Australien die Registrierung von Waffen eingeführt haben, hatten vielleicht nicht die Absicht, Waffen zu konfiszieren, und waren vielleicht sogar gegen die Konfiszierung. Sie mögen die Ansicht vertreten haben, dass eine Registrierung zwar nicht viel nützt, aber auch nicht schaden kann. Damit lagen sie völlig falsch.

Die katastrophalen Gefahren der Registrierung von Waffen wurden Mitte des 20. Jahrhunderts in Europa deutlich. Dort hatten demokratische Regierungen, wie die Weimarer Republik in Deutschland oder die Dritte Republik in Frankreich, Gesetze zur Registrierung von Waffen erlassen. Die Listen fielen in die Hände der Nationalsozialisten, zuerst in Deutschland und dann in allen Ländern, die sie eroberten. In Deutschland wurden die Waffen der

Juden und aller anderen, die nicht als absolut gehorsame Diener des Regimes galten, beschlagnahmt. In den von den Nazis besetzten Ländern wurden die Waffen von allen beschlagnahmt. Wenn eine Familie nicht in der Lage war, eine Schusswaffe, die auf einen Familienangehörigen registriert war, vorzulegen und unverzüglich abzugeben, wurde die gesamte Familie auf der Stelle hingerichtet.

In der Sowjetunion und in den osteuropäischen Ländern, die die Sowjets nach dem Zweiten Weltkrieg eingenommen hatten, wurden ebenfalls Listen zur Registrierung von Waffen für die Beschlagnahmung verwendet. Hitler und Stalin konfiszierten wie alle Diktatoren, die im 20. Jahrhundert Völkermorde verübten, eifrig Waffen, bevor sie den Genozid begannen.

Registrierung. Konfiszierung. Auslöschung.

Jeder Schritt macht den nächsten Schritt viel einfacher.

Die amerikanische Bevölkerung war sich dieser Gefahr am Vorabend des Zweiten Weltkriegs durchaus bewusst. Als der Kongress 1941 den Property Requisition Act verabschiedete, der es der Bundesregierung erlaubte, Eigentum zu beschlagnahmen, das für die nationale Verteidigung benötigt werden könnte, verbot der Kongress der Bundesregierung ausdrücklich, dieses Gesetz zur Konfiszierung oder Registrierung von Waffen zu verwenden.

1986 wurde der Firearms Owners' Protection Act⁶, das Vorzeigegesetz der NRA, das die Einrichtung eines Bundesregisters für Schusswaffen oder Waffenbesitzer verbietet, Gesetz. Gleichermaßen schrieb der Kongress 1993 bei der Einrichtung des National Instant Criminal Background Check Systems [NICS] vor, dass die Aufzeichnungen über einen genehmigten [Waffen-]Kauf vernichtet werden müssen, sobald die Überprüfung [des Käufers] abgeschlossen ist.

Wie Präsident Obama nutzte auch Präsident Lyndon Johnson ein grausames Verbrechen (die Ermordung von Senator Robert Kennedy durch einen israelfeindlichen Extremisten), um eine landesweite Registrierung von Waffen voranzutreiben. Der Kongress lehnte diese Idee ab. Stattdessen verpflichtet der Gun Control Act von 1968 Hersteller, Großhändler und Einzelhändler von Feuerwaffen, schriftliche Aufzeichnungen über ihre Verkäufe zu führen. Diese Aufzeichnungen sind jedoch dezentralisiert und werden nicht in einer nationalen Datenbank zusammengefasst. Dadurch wird das Risiko, dass diese Aufzeichnungen für die Beschlagnahmung von Waffen verwendet werden könnten, verringert (aber nicht beseitigt).

Wir wissen, dass die Registrierung von Waffen nicht funktioniert. Die größte und detaillierteste vergleichende Studie über die Auswirkungen verschiedener Waffengesetze wurde von dem Kriminologen Gary Kleck von der Florida State University durchgeführt und in seinem Buch *Point Blank: Guns and Violence in America* veröffentlicht. Dieses Buch wurde

⁶ Gesetz zum Schutz der Waffenbesitzer.

von der American Society of Criminology mit der höchsten Auszeichnung geehrt: dem [Michael J. Hindelang Buchpreis](#) „für den besten Beitrag zur Kriminologie in einem Zeitraum von drei Jahren“. Die Kleck-Studie untersuchte über viele Jahre die Kriminalitätsdaten der 75 größten Städte der USA. Die Studie berücksichtigte zahlreiche Variablen wie Armut, Rasse, Verhaftungsraten und so weiter. Die Studie von Kleck fand keine kriminalitätsreduzierenden Vorteile durch die Registrierung von Waffen.

Mit dem neuseeländischen Waffengesetz von 1983, das auf Wunsch der Polizei erlassen wurde, wurde die Registrierung von Büchsen und Flinten abgeschafft. Die Registrierung von Büchsen war seit 1920 und die von Flinten seit 1968 gesetzlich vorgeschrieben. Die neuseeländische Polizei erklärte, dass die Registrierung von Langwaffen teuer und unpraktisch sei und dass das Geld besser für andere polizeiliche Aufgaben verwendet werden könne. Die neuseeländische Polizei wies darauf hin, dass die Verwaltung von Datenbanken eine enorm schwierige und kostspielige Aufgabe sei, dass die Datenbank für die Registrierung von Langwaffen ein Chaos sei und dass sie der Polizei praktisch keinen Nutzen bringe.

Einige Befürworter von Waffenkontrolle drängten 1997 darauf, das Register wiederzubeleben, da es diesmal angeblich mit Hilfe von Computern funktionieren würde. Der Plan wurde nach mehreren Jahren ausführlicher Debatten und Analysen abgelehnt. Ein Grund, warum Neuseeland die Registrierung von Waffen weiterhin ablehnt, ist das Fiasko in Kanada. Dort wurde die Registrierung von Langwaffen 1995 eingeführt und 2012 wieder abgeschafft. Das Register kostete buchstäblich über 100 Mal mehr als erwartet. Die mehr als [2 Milliarden Dollar](#) [kein Schreibfehler!], die für das Register verschwendet wurden, hätten für den Einsatz von mehr Polizeistreifen auf der Straße ausgegeben werden können (anstatt Papierkram zu erledigen). Oder man hätte forensische Labors aufrüsten können. Oder man hätte Sozialarbeiter bezahlen können, die sich um potenziell gewalttätige Menschen kümmern.

Allan Rock, Justizminister unter der von der Liberalen Partei geführten Regierung, der die Registrierung durchsetzte, behauptete, dass eine allgemeine Registrierung von Waffen die Gewaltkriminalität, die Selbstmorde und die häusliche Gewalt verringern würde. Er sprach sich nachdrücklich gegen den Gebrauch von Schusswaffen zur Selbstverteidigung aus und sagte, dass sich Kanada durch strenge Waffengesetze von den Vereinigten Staaten abheben würde. Mit anderen Worten: Rock sagte, dass sein Waffenregister das Gegenteil des Second Amendments sei.

Der Vorwand für das kanadische Waffenregister war, dass ein Mann ein College überfallen und mehrere Menschen getötet hatte (natürlich weil Kanadier keine Kurz Waffen zu ihrem Schutz tragen dürfen). Der Mörder hatte allerdings registrierte Waffen benutzt, aber diese Tatsache war für die kanadischen Waffengegner irrelevant.

Bereits jetzt hat Obama durch einen Exekutivakt einseitig eine Registrierung durch den Bund für jeden eingeführt, der innerhalb einer Woche zwei oder mehr halbautomatische

Büchsen kauft. Derzeit gilt Obamas Registrierungssystem in den vier südwestlichen Grenzstaaten, aber Bloomberg hat Obama gedrängt, die Registrierung landesweit einzuführen. Dabei spielt es keine Rolle, dass ein Bundesgesetz diese Registrierung ausdrücklich verbietet – bis jetzt haben die Gerichte Obama damit durchkommen lassen.

Wenn Obama und Bloomberg von einer „Ausweitung der Backgroundchecks“ sprechen, sollten Sie das Kleingedruckte des Gesetzentwurfs lesen. Jeder von Bloomberg beworbene und von waffenfeindlichen Eiferern wie Senator Charles Schumer unterstützte Gesetzentwurf, der das Etikett „Backgroundcheck“ trägt, war in Wirklichkeit ein Gesetzentwurf, der eine umfassende Registrierung von Waffen beinhaltet.

Als die NRA in Bezug auf Newtown sagte: „Nie wieder“, war es ihr ernst. Echte Sicherheitsmaßnahmen würden dafür sorgen, dass nie wieder, wie in Newtown, ein Soziopath 20 Minuten Zeit hat, Schulkinder zu ermorden, bevor die Polizei eintrifft.

Die Waffenverbotslobbys, ihre politischen Verbündeten und ihre Erfüllungsgehilfen in den Medien sahen in Newtown die Chance, auf die sie gewartet hatten. Die ermordeten Kinder und Lehrer lieferten den politischen Vorwand für die Registrierung von Waffen.

Ziemlich skrupellos, nicht wahr?

Der amerikanische Artikel mit dem Titel „**The Catastrophic Consequences of Gun Registration**“ kann hier abgerufen werden: <https://davekopel.org/2A/catastrophic-consequences-gun-registration.html>